

Presseinformation

Nr. 418/2004

Kiel, Freitag, 17. Dezember 2004

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausbildungspakt

Christel Aschmoneit-Lücke: „Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein: Sehr gut!“

In ihrem Beitrag zu **TOP 70** (Ausbildungssituation) sagte die wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Christel Aschmoneit-Lücke**:

„Schleswig-Holstein hat es geschafft. Ende September gab es 53 Ausbildungsangebote mehr als unvermittelte Bewerber. 2004 können in Schleswig-Holstein alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ausgebildet werden. Dafür danke ich allen, die dabei mitgeholfen haben—sei es in Unternehmen, in Kammern, in Schulen oder in Behörden. Vielen Dank.

Ihre Anstrengungen haben zweierlei erreicht:

- Erstens muss kein potentieller Berufsanfänger sein Berufsleben mit offizieller Arbeitslosigkeit beginnen.
- Zweitens sollte spätestens jetzt allen Sessel-Sozialisten mit ihrer chronischen Steuererhöhungssucht klar sein, dass dieses Ergebnis mit einer staatlichen Ausbildungssteuer niemals hätte erreicht werden können.

„Kammern und Arbeitsagenturen haben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass freiwillige Lösungen allemal weiter führen als staatliche Regulierung. ... Ich hoffe, dass Schleswig-Holstein damit Vorbild auch für andere Regionen in Deutschland wird.“ So kommentierte Bundeswirtschaftsminister Clement den schleswig-holsteinischen Erfolg am Nikolaustag in Lübeck. Recht hat er.

Dem möchte ich nur noch eines hinzufügen: Wer jetzt noch eine Ausbildungsabgabe fordert, der gefährdet ähnliche Erfolge in der Zukunft. Denn der will die Wirtschaft dafür bestrafen, dass sie jungen Menschen Chancen bietet. Aber das Wichtigste heute ist: Schleswig-Holstein hat es geschafft. Der Ausbildungspakt ist ein voller Erfolg.

Schön wäre es, wenn wir diesen Erfolg auf den ganzen Arbeitsmarkt ausdehnen könnten—wenn alle arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen Arbeit fänden. Ich bin überzeugt, dass dies möglich ist. Allerdings nicht innerhalb des heutigen Regelwerks für den deutschen Arbeitsmarkt. In welche Richtung dieses Regelwerk geändert werden sollte, um die Massenarbeitslosigkeit zu besiegen, das zeigt uns der Ausbildungspakt: Weniger staatlicher Zwang senkt die Arbeitslosigkeit und steigert die Beschäftigung.“



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

* Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Clement begrüßt erfolgreichen Ausbildungspakt in Schleswig-Holstein – Mehr Angebot als Bewerber, Pressemitteilung vom 06.12.2004, <http://www.bmwa.bund.de/bmwa/generator/Navigation/arbeit.did=53630.html>.